

Berliner Tageblatt

15. Februar 1922

XI. Jahrg. Nr. 7

ersch. jeden Mittwoch. Abonnementpreis für das Ausland jährlich 240 Mark (vierteljährlich 60 Mark) unter Kreuzband postfrei ab Verlag der „Wochenausgabe des Berliner Tageblatts“, Berlin SW 19. In Deutschland und Deutsch-Oesterreich und Ungarn auch durch die Postanstalten zum Preise von 50 Mark vierteljährlich exkl. Postzuschlag lieferbar. Druck und Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegramm-Adresse: „Berliewoch“, Berlin.

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Zeilenpreis 7 Mark (Rudolf Mosse Normalzeilenmesser 4). Anzeigen-Annahme: Anzeigen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalem Str. 46-49, Breslau, Schweidnitzer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstrasse 21-22, Frankfurt a. M., Zeil 123, Hamburg, Jungfernstieg 112, Halle a. d. S., Köln a. Rh. Hohe Str. 91, Leipzig, Grimmische Str. 27, Magdeburg, Breitweg 12, Mannheim, Planken 134, 6. München, Theatinerstr. 5, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Vaclavské nám. Palais „Koruna“, Stuttgart, Königsstr. 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Jarczyna-kowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 50, Zürich, Limmatquai 54.

Innerpolitische Sturmwolken.

Das Kesseltreiben gegen den Reichskanzler.

Von Erich Dombrowski.

Im Verlaufe der Debatte über den Verkehrstreik hat es sich herausgestellt, dass sich die innerpolitische Situation immer mehr zugespitzt hat. Deutschnationale und Deutsche Volksparteier haben je ein Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler Wirth eingebracht, ebenso Unabhängige und beide kommunistische Parteien. Obwohl zur Zeit, wo diese Zellen in Druck stehen, die Lage noch völlig ungeklärt ist, dürften die nachstehenden Ausführungen, die gewissermaßen einen Bericht vom „Kriegsschauplatz“ selbst darstellen, allseitigem Interesse begegnen.

Die Redaktion.

Die grosse politische Aussprache wurde am 11. Februar im Reichstag zu Ende geführt. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde indessen verschoben, da ein erheblicher Teil der Abgeordneten infolge der Verkehrslockung Berlin noch immer nicht hatte erreichen können. Erst dann wird die Entscheidung darüber fallen, ob das Kabinett Wirth sich noch weiterhin auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann. Wie immer an solchen kritischen Tagen wurden in der Wandelhalle des Hauses die verschiedensten Gerüchte laut. So wurde behauptet, dass die Sozialdemokratie bei ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler auf eine Ausschiffung des Reichsverkehrsministers Graener gedrungen habe, um das von ihm eingeleitete Massregelungsverfahren gegen schuldige Eisenbahnbeamte hinauf zu mahnen. Dr. Wirth stellte das in einer kurzen Unterredung in Abrede. Die Sozialdemokratie sei ihm während all der Besprechungen niemals mit einer solchen Zumutung gekommen.

In den Mittagsstunden traten einzelne Fraktionen zu Beratungen zusammen. Die Deutschnationalen formulierten ihren Misstrauensantrag, der der Regierung das Vertrauen absprach, weiterhin die Geschäfte zu führen. Alsdann setzten sie sich mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung, um sie für eine gemeinsame Aktion zu gewinnen. Die Volksparteier versagten sich diesem Liebeswerben zwar in der Form nicht, aber in der Sache. Sie beschlossen, ein eigenes Misstrauensvotum einzubringen, das nicht gegen die gesamte Regierung, sondern ausschliesslich gegen den Reichskanzler Dr. Wirth gerichtet war. Es brauchte bei den zerfahrenen Verhältnissen innerhalb der volksparteilichen Fraktion nicht erst gesagt zu werden, dass sich gegen diese kindische Katastrophenpolitik eine Minderheit aussprach. Sie machte übrigens in Unterhaltungen mit Aussensehenden auch kein Hehl aus ihrer abweichenden Ansicht. Jeder verantwortungsvolle Politiker muss sich, wenn er einer Regierung das Vertrauen abspricht, fragen, was dann zu geschehen habe, wenn das Kabinett wirksam darüber zu Fall gebracht würde. Jede oppositionelle Partei muss in diesem Falle logischerweise bereit sein, selbst die Zügel der Regierung und damit die Verantwortung zu übernehmen. Gesetzlich also, der Antrag der Deutschnationalen angenommen, würden das Becker, Scholz und Stresemann tatsächlich inslande sein, zusammen mit den Deutschnationalen Westarp, Hertz und Hellfischer eine Regierung zu bilden? Sochen sie, innen und aussenpolitisch, auch nur eine Möglichkeit dazu oder glauben sie gar, mit den beiden Parteien der äussersten Linken, die ja auch Misstrauensanträge eingebracht haben, eine gemeinsame Linie herstellen zu können? Wie man die Sache auch ansieht, immer stösst man auf ein Vakuum, auf einen politisch leeren Raum. Also kann es sich bei diesem Vorstoss der Deutschen Volkspartei nur um einen Luftball, um eine reine Demonstration handeln, die allerdings diesmal wohl für lange alle Möglichkeiten für ein Zustandekommen der grossen Koalition verschüttet. Man muss sogar annehmen, dass dieser Misstrauensantrag dem rechten Flügel der Partei ein willkommenes Manöver ist, um sich den Abmachungen des Steuerkompromisses mit seiner Zwangsanklage zu entziehen. Doch die Regierung sich kaum im Zweifel darüber sein dürfen, dass die Regierung sich dann eine Steuermehrheit suchen muss, wo sie sie auch findet, da die Ausbalancierung des Etats heute eine aussenpolitische Notwendigkeit und die Voraussetzung für alle weiteren Verhandlungen mit den Alliierten über das Reparationsproblem ist. Ob die grossindustriellen Kreise, die schiebend und treibend hinter der Deutschen Volkspartei stehen, dann aber ganz so glimpflich bei der steuerlichen Heranziehung des Besitzes abkommen würden wie im Steuerkompromiss, ist noch sehr die Frage. Letzten Endes könnte diese zerfahrene und leichtsinnige Bosheitspolitik sie selbst am meisten treffen.

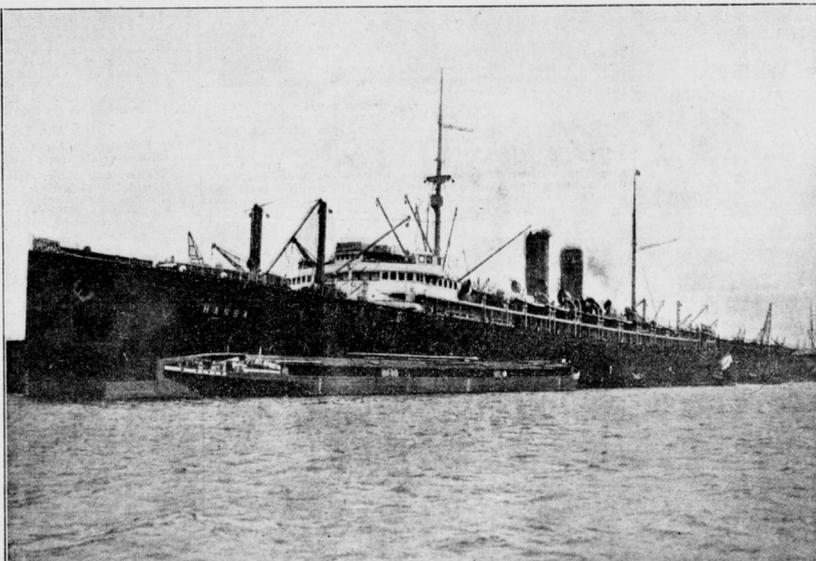
Ursprünglich gedachten die Regierungsparteien und das Kabinett selbst, es bei der (wahrscheinlichen) Ablehnung der verschiedenen Misstrauensanträge bewenden zu lassen. Das

Ergebnis der Debatte wäre somit ein negatives gewesen. Mit wechselläufigen, voraussichtlich nur knappen Majoritäten wären die einzelnen Anträge überstimmt worden. Hätte man diese Stimmen aber, wie in einem Rechenexempel, nachher zusammengerechnet, so würde sich daraus wohl eine so erhebliche Minderheit ergeben haben, dass die tatsächliche parlamentarische Basis der Regierung als überaus schmal erschienen wäre, jedenfalls als zu geringfügig, um darauf eine stabile Politik auf lange Sicht aufbauen zu können. Das Kabinett wäre stark gelähmt in die bevorstehenden entscheidenden aussenpolitischen Verhandlungen eingetreten und hätte, trotz dem unbestreitbaren Erfolge im Eisenbahnerstreik, auch innenpolitisch einen schweren Stand gegen soviel Widersacher auf allen Seiten gehabt. Als die Aussprache in der sechsten Stunde im Plenum geschlossen wurde, sollte über die vier vorliegenden Misstrauensvoten abgestimmt werden. Da erhob sich, unter allgemeiner Spannung des Hauses, der Reichskanzler von seinem Sitze und erklärte klipp und klar: „Volle Klarheit wird auch durch Ablehnung der vorliegenden vier Anträge nicht geschaffen. Ich muss daher ersuchen, einen positiven Verfassungsantrag einzubringen. In wichtigen Entscheidungsstunden des Vaterlandes muss Klarheit herrschen zur Weiterführung der politischen Arbeit.“ Diese wenigen Worte wirkten wie eine Sensation. Der Kanzler hatte den Mut besessen, seinen Gegnern in offener Feldschlacht entgegenzutreten und ihnen den Fehdehandschuh hinzuwerfen, selbst auf die Gefahr hin, dass er in diesem Duell unterliegen könnte. Die

zum mindesten nicht die unabhängigen Sozialdemokraten bei den Einzelabstimmungen die Anträge der Rechtsparteien stützen werden. Die Annahme auch nur eines Misstrauensantrages ist unter diesen Umständen nicht wahrscheinlich. Dagegen ist eine Mehrheit für das Vertrauensvotum der drei Regierungsparteien nicht ohne weiteres vorhanden. Es kann sich da um wenige Stimmen handeln, die den Ausschlag nach der einen oder der anderen Seite geben. Jedenfalls war ein Teil der Bayerischen Volkspartei nicht geneigt, sich dem Vertrauensvotum anzuschliessen. Daher hat diese Fraktion auch nicht ihre Unterstützung unter den Antrag gesetzt, obwohl sie in den letzten Wochen, vornehmlich beim Steuerkompromiss, stets in einer Front mit den Regierungsparteien gestanden hatte. Diese unsichere Haltung mag vielleicht darauf zurückzuführen sein, dass Dr. Heim, der Führer der Fraktion, nicht anwesend war und so ihre Stellungnahme ausschlaggebend beeinflussen konnte. In den Verhandlungen über das Steuerkompromiss hat, nebenbei bemerkt, gerade Dr. Heim in einer überaus kritischen Stunde einen Ausweg aus dem Durcheinander der widersprechenden Meinungen und Wünsche gefunden und so das Kompromiss gewissermassen auf die Beine gestellt. Auch die Haltung der Unabhängigen ist, obwohl sie selbst ein Misstrauensvotum gestellt haben, gegenüber dem Vertrauensantrag zur Stunde keineswegs klar. Sie haben bisher noch immer erklärt, dass ihnen ein Kabinett Wirth von allen

Koalitionsregierungen das relativ kleinste Uebel sei, und sie werden vermutlich, wenn sie klug sind, sich der Stimme enthalten, um nicht von selbst die Fackel in den Scheiterhaufen zu werfen, der von den Rechtsparteien Dr. Wirth bereit ist. Fraglich ist es sogar, ob auch die Deutschen Volksparteier den Mut aufbringen werden, das Kabinett Wirth tatsächlich zu stützen, indem sie gegen das Vertrauensvotum stimmen.

Fall aber die Entscheidung doch gegen das Kabinett Wirth aus, dann sind die Folgen unabsehbar. Unserer ganzen bisherigen Aussenpolitik, die in mühsamer Arbeit die Vorbedingungen für eine deutschfreundlichere internationale Atmosphäre geschaffen hätte, würde mit einem Schlag der Boden unter den Füssen fortgezogen werden. Eine abermalige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich solchen als unmöglich herausgestellt hätte. Eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei würde schon an dem Widerstand der Sozialdemokratie scheitern. Eine Rechtsregierung wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Regierung der drei sozialistischen Parteien desgleichen. Es bliebe also in diesem Falle nur noch der Appell an das Volk übrig, um den gordischen Knoten zu durchhauen. Vermutlich würde eine Präzidentenkrise dazu kommen und die ganze Situation noch mehr komplizieren, da der Reichspräsident Ebert wahrscheinlich auch dann seinerseits die Folgerungen aus dem endgültigen Scheitern einer Koalitionspolitik der Mitte ziehen würde. Die Volksparteier trifft allein die Schuld an diesem Wirrwarr, das sich jetzt vor uns erschreckend wie ein Gespenst erhebt. Sie haben in einer Stunde, da Verantwortlichkeitsgefühl das höchste Gebot war, weniger aus sachlichen als aus persönlichen Gründen unverantwortlich leichtfertig gehandelt.



Die neu erstehende deutsche Handelsflotte.

Der Hapagdampfer „Hansa“, das erste grosse Schiff der neugeschaffenen III. Klasse. (Vgl. den Artikel auf Seite 5).

Regierungsparteien, die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokratie, an deren Adresse die drei Sitze gerichtet waren, formulierten rasch den gewünschten Vertrauensantrag und legten ihn, nachdem der Kanzler zustimmend genickt hatte, den Präsidenten Löbe vor. Noch während der Wortlaut festgestellt wurde, beauftragte der Chef der Zentrumsfraktion, der Abgeordnete Marx, eine Verlegung der Abstimmung, da eine Reihe von Mitgliedern seiner Partei bei den gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten abwesend sei. In der Tat war das Zentrum gestern im Reichstage auffallend schwach vertreten. Kaum zwei Drittel der Fraktion waren zur Stelle. Auch die Reihen der beiden anderen Regierungsparteien wiesen erhebliche Lücken auf, während auf der rechten und auf der linken Seite des Hauses das Parkett ziemlich vollzählig besetzt war. Der Präsident liess, nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, über diesen Verlegungsantrag abstimmen, und da ergab es sich, dass auch die beiden Rechtsparteien dafür eintraten, so dass er mit grosser Mehrheit angenommen wurde.

Die Abstimmung wurde alsdann am Mittwoch nachmittag vier Uhr angesetzt.

Wie sind die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Reichstage? Die folgende Statistik wird das am besten charakterisieren:

Regierungsparteien:	Oppositionsparteien:
Sozialdemokratie . . . 108 Mandate	Deutschnationale . . . 71 Mandate
Zentrum 72 „	Deutsche Volkspart. . . 65 „
Demokraten 40 „	Unabhängige 61 „
	Kommunisten 25 „
	222

Unsichere Haltung gegenüber der Regierung:

Bayerische Volkspartei	20 Mandate
Bayerischer Bauernbund	4 „
Welten	2 „
	26

Allerdings darf man bei dieser schematischen Zusammenstellung nicht übersehen, dass aller Wahrscheinlichkeit nach

Zur Zeitgeschichte.

Der rasche Zusammenbruch des Bahnbeamtenstreiks, dem der des Gross-Berliner Verkehrstreiks zwangsläufig folgte, konnte den Freunden der Republik, die in der Frage eine Probe auf die Lebensfähigkeit ihrer Einrichtungen und die Zuverlässigkeit ihrer Organe gesehen hatten, hohe Genugung gewähren. Der vereinigte Ansturm bornierten politischen Verstandes und verbrecherischer Verantwortungslosigkeit gegen das Gemeinwohl und gegen die Verfassung ist abgeschlagen worden. In das Verdienst daran teilen sich die sozialen Organisationen, die sich mit Verantwortungsbewusstsein den gefährlichen Wagen der wilden Streikhetze entgegenstemmten, mit den klaren Köpfen der Berliner Stadtverwaltung, den ausgezeichneten, bewährten Kräften der Technischen Nothilfe und — vor allen Dingen natürlich — mit der Reichsregierung. Ueber die Haltung, die diese bei den Verhandlungen einnahm und über die Grundsätze, die sie über die Streikbellegung hinaus festgehalten hat, hat der Reichskanzler Wirth dem Parlament Rechenschaft abgelegt. Er hat mehrmals und sehr gut gesprochen, aber der grosse Erfolg, den er in der öffentlichen Meinung davongetragen hat, rührte daher, dass er nicht allein vortrefflich zu reden, sondern auch mit Energie und staats-

Zu den Frühjahrmessen in Leipzig (II) und Königsberg (III).